

Protokoll

über die

Öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates

der Samtgemeinde Elbmarsch

am Donnerstag, 21. September 2023

im Hofcafe Marschendeel, Hundener Straße 21 in 21423 Drage

SGR/2023/003

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:46 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Sonstige Teilnehmer

Arndt, Anita
Babbe, Jörg
Block, Martin
Dedio, Antje
Eckermann, Claus
Hafke, Lars
Kirschenmann, Lukas
Krafft, Malte Jörn
Meyer, Dirk
Qualmann, Karsten
Schoth, Daniela
Schulte, Florian
Steller, Reno
Stoffregen, Jörn
von Gartzen, Jan
Weckel, Carsten
Wenck, Tobias
Müggenburg, Dirk
Cramm, Michael
Christiansen, Michael
Riek, Ulf
Kloodt, Norbert
Werner, Jörg

Samtgemeindebürgermeisterin

Bockey, Kathrin

Sonstige Teilnehmer

Scharnweber, Heiko

Gleichstellungsbeauftragte

Lorenz, Gesine

Sonstige Teilnehmer

Blank, Maximilian

Janke, Sascha

Schriftführung

Abeska, Jan

Nicht stimmberechtigt: Sonstige Teilnehmer

Presse

Sonstige Teilnehmer

Zuhörer: 3

Fehlend:

Ratsvorsitzender

Meyn, Hans-Peter

Entschuldigt fehlend

Sonstige Teilnehmer

Herbst, Saskia

Entschuldigt fehlend

Witthöft, Lars

Entschuldigt fehlend

Ziegler, Simona

Entschuldigt fehlend

Ö f f e n t l i c h e T a g e s o r d n u n g

- 01 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 - 02 Feststellung der Tagesordnung
 - 03 Einwohner/innenfragestunde
 - 04 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 22.06.2023
 - 05 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 111 Abs. 7 NKomVG, Zeitraum 22.06.2023 bis 20.09.2023
 - 06 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
 - 07 Bericht des Seniorenbeirats
 - 08 Ernennung in das Ehrenbeamtenverhältnis;
hier: Ortsbrandmeister der FFW Oldershausen
(siehe Samtgemeindeausschuss vom 06.09.2023)
 - 09 Änderung der Gebührensatzung für die Früh- und Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen Drennhausen und Marschacht;
hier: Entwurf
(siehe Schulausschuss am 05.09.2023 und Samtgemeindeausschuss 06.09.)
 - 10 Beschaffung eines Mehrzweckbootes (MZB) für die Freiwillige Feuerwehr; hier: Ortswehr Drage -Ausschreibungsergebnis-
(siehe Samtgemeindeausschuss 06.09)
 - 11 Erarbeitung eines Sonderalarmplans Stromausfall für die Verwaltung der Samtgemeinde Elbmarsch
(siehe Beschluss Samtgemeindeausschuss 06.07.)
 - 12 Umwandlung der GS Marschacht in eine Ganztagschule;
hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
(siehe Schulausschuss am 05.09.2023)
 - 13 Bauliche und technische Anpassungen für ein Seh- und Hörbeeinträchtigtes Kind in der Grundschule Binnenmarsch
Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung der akustischen Maßnahmen
 - 14 Lieferung und Montage einer Kleingarage für das Einsatzfahrzeug der Polizei - Ausschreibungsergebnisse
-

Erneute Überschreitung des Kostenansatzes

- 15 Erhöhung des Mittelansatzes für die Gebäude- und Grünflächenbewirtschaftung
- 16 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2025 für den Landkreis Harburg
(siehe Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung, Umwelt, Energie und Infrastruktur vom 22.08.2023)
- 17 5. Nahverkehrsplan Landkreis Harburg für den Zeitraum 2024 - 2029
(siehe Sitzung des Ausschusses für ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität vom 23.08.2023)
- 18 Antrag der FREIE WÄHLERgemeinschaft Elbmarsch e.V. Fraktion vom 05.05.2023
"Antrag, ZOB an der B404 Brücke in Rönne"
(siehe Sitzung des Ausschusses für ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität vom 23.08.2023)
- 19 Einwohner/innenfragestunde
- 20 Anfragen
- 21 Bericht der Verwaltung

TOP 01 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Ratsvorsitzende (SRv) Frau Arndt begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

In ehrendem Gedenken der verstorbenen Schiedsfrau Angela Stehr erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

TOP 02 Feststellung der Tagesordnung

Rh Riek verweist auf TOP 17, dem Antrag „ZOB an der B404“, und bittet darum, diesen unter TOP 16 – Nahverkehrsplan – zu behandeln.

Rh Christiansen beantragt, die Tagesordnung um einen Punkt „Bericht des Seniorenbeirats“ zu ergänzen.

Auf Anregung von SRv Arndt könnte dieser nach dem Bericht der Gleichstellungsbeauftragten eingefügt werden.

Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig** festgestellt.

TOP 03 Einwohner/innenfragestunde

SRv Arndt schließt die Ratssitzung vorübergehend zur ersten Einwohnerfragestunde.

TOP 04 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 22.06.2023

Das Protokoll wird **einstimmig** genehmigt.

TOP 05 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 111 Abs. 7 NKomVG, Zeitraum 22.06.2023 bis 20.09.2023

Es liegen keine relevanten Spendenangebote vor.

TOP 06 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lorenz trägt ihren Bericht vor; er ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Rh Krafft erfragt, ob es eine Pflicht gebe, die Gleichstellungsbeauftragte an Personalauswahlgesprächen zu beteiligen. Frau Lorenz erklärt, sie sei in der Vergangenheit zu diesen Gesprächen eingeladen worden, habe jedoch aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen können. Künftig werde sie das einrichten können. SGBin Bockey weist darauf hin, dass dadurch kein Verfahrensfehler entstanden sei, sie sich aber über eine künftige Teilnahme von Frau Lorenz freuen würde.

TOP 07 Bericht des Seniorenbeirats

Herr Bernd Lohmann vom Seniorenbeirat stellt sich vor und berichtet von den Wahlen zum Seniorenbeirat, die dieses Jahr stattgefunden haben. Man habe in diesem Jahr Seniorenausfahrten begleitet, die Teilnahme sei ausgesprochen erfreulich gewesen. Für die Ermöglichung dankt er der Politik und erwähnt besonders lobend die Zusammenarbeit mit Hrn. Daniel Hohklas von der Verwaltung.

TOP 08 Ernennung in das Ehrenbeamtenverhältnis;
hier: Ortsbrandmeister der FFW Oldershausen
(siehe Samtgemeindeausschuss vom 06.09.2023)

Beschluss (einstimmig):

Der Rat der Samtgemeinde Elbmarsch ernennt Herrn Tobias Wiegel in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der FFW Oldershausen.

Anschließend vereidigt SGBin Bockey Herrn Wiegel und übergibt ihm die Ernennungsurkunde.

TOP 09	Änderung der Gebührensatzung für die Früh- und Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen Drennhausen und Marschacht; hier: Entwurf (siehe Schulausschuss am 05.09.2023 und Samtgemeindeausschuss 06.09.)
---------------	---

Beschluss (einstimmig):

Der Samtgemeinderat beschließt die vorliegende Gebührensatzung für die Früh- und Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen Drennhausen und Marschacht.

TOP 10	Beschaffung eines Mehrzweckbootes (MZB) für die Freiwillige Feuerwehr; hier: Ortswehr Drage -Ausschreibungsergebnis- (siehe Samtgemeindeausschuss 06.09)
---------------	---

Protokoll:

Rh Qualmann fasst zusammen, die Samtgemeinde sei im Begriff, ein 60 Jahre altes Boot zu ersetzen. Sie habe die Aufgabe, die Feuerwehr so auszustatten, dass alle Feuerwehrleute gesund heimkehren. Der Bürgermeister der Gemeinde Drage habe zugesagt, dass das Boot frostsicher untergebracht werde.

Rh Riek habe erwartet, dass sich die Samtgemeinde sehr eindeutig für eine finanzielle Unterstützung durch den Landkreis einsetzt. Das alte Boot sollte außer Betrieb gestellt werden.

Rh Krafft erklärt, das alte Boot habe nicht mehr den Anforderungen entsprochen. Ein neues Boot dürfe nicht im Freien stehen, die Gebäudeinfrastruktur dürfe nicht vernachlässigt werden.

Rh Meyer betont, in Drage sei man froh, dass ein neues Boot kommt. Die Gemeinde Drage werde in ihrem Gebiet eine Unterstellmöglichkeit finden. Rh Müggenburg könne dies nur unterstützen, man werde in unmittelbarer Zeit eine Lösung präsentieren.

SGBin Bockey berichtet, dass bereits Mittel für ein neues Drager Gerätehaus im Haushaltsentwurf vorgesehen seien. Die Samtgemeindeverwaltung unterstütze ihre Feuerwehr nach Kräften und freue sich über Lösungen.

Beschluss (einstimmig):

Der Rat der Samtgemeinde Elbmarsch stimmt der überplanmäßige Ausgabe i.H.v. 15.000,00 € zu, sodass der Auftrag für den Bau und die Lieferung des Mehrzweckboots für die Ortswehr Drage erteilt werden kann.

TOP 11 Erarbeitung eines Sonderalarmplans Stromausfall für die Verwaltung der
Samtgemeinde Elbmarsch
(siehe Beschluss Samtgemeindeausschuss 06.07.)

Protokoll:

Rh Riek sehe nicht die Notwendigkeit, das Rathaus mit Notstrom zu versorgen. Niemand wolle während eines 72-stündigen Black-Outs einen Pass beantragen. Die Samtgemeinde habe die Feuerwehr mit Notstrom ausgestattet, es würde ein ELW für 280T€ angeschafft – wozu müsse noch das Rathaus ertüchtigt werden? Wichtiger sei eine Versorgung der ElbKom, auch das Klärwerk müsse weiterlaufen.

Rh Krafft stellt klar, ein Szenario Black-Out wünsche sich keiner und man könne es sich schwer vorstellen. Eine Notstromversorgung des Rathauses erschließe sich auch ihm nicht, es gebe Alternativen, man sollte zunächst eine Bestandserfassung vornehmen. Ferner beschäftige sich auch der Landkreis mit der Thematik und erstelle derzeit eine Planung, an der sich die Kommunen beteiligten. Dies sollte zunächst abgewartet werden.

Rh Cramm könne dem nicht folgen; ein Stab der Feuerwehr im Rathaus sei sinnvoll, dafür müsse das Rathaus einsatzfähig sein. Es gehe um Menschen und darum, eine bessere Hilfe leisten zu können.

SGBin Bockey halte die Diskussion für verkürzt, weil mehrere Themenbereiche berührt würden. Andere Rathäuser im Landkreis seien schon deutlich weiter und niemand stelle dort eine Notwendigkeit der Funktionsfähigkeit des Rathauses in Frage. Ob nur Teile des Rathauses zu ertüchtigen wären, sei Bestandteil der Untersuchung. Die Samtgemeinde werde auch weitere Gerätehäuser ausstatten müssen, das werde erhebliche Mittel binden, aber es werde eine Bestandsaufnahme dafür benötigt.

Rh Riek verweist darauf, dass es in der Samtgemeinde Firmen gebe, die von einer Internetversorgung abhängig seien. Die Apotheke z.B. sein ohne Internetverbindung handlungsunfähig. Wie solle eine Ärzteversorgung aussehen? Er beantragt, zunächst das Konzept des Landkreises abwarten und im Anschluss auf dieses aufbauen.

Rf Schoth gebe Rh Cramm Recht; administrative Aufgaben seien in einer Katastrophensituation wichtig. Auch das Deichhaus müsse betrachtet werden, da es höher als das Rathaus liege.

SGBin Bockey habe Kontakt mit Ärzten aufgenommen. Im Falle eines Black-Outs hätte man keine funktionsfähigen Praxen. Die Ärzte und die Apotheke begrüßten einen zentralen Ort für Notfalldienste. Es gebe einen intensiven Austausch, aber es werde eine arbeitsfähige Verwaltung benötigt.

Rh Steller sehe im Katastrophenschutz zunächst eine Aufgabe des Landkreises. Die Samtgemeinde statte sämtliche Feuerwehrgerätehäuser aus. Sei nicht die Feuerwehr dafür zuständig, das Rathaus mit Strom zu versorgen? SGBin Bockey erwidert, dafür lägen die technischen Voraussetzungen nicht vor.

Rh Müggenburg sehe im Bereich des Katastrophenschutzes ebenfalls eine Aufgabe des Landkreises. Dort gebe es ausgebildete Stäbe, über die alles laufe. Dafür hätte die Samtgemeinde einige Feuerwehrgerätehäuser ausgerüstet, in denen man einen Stab für die Samtgemeinde einrichten könne; Marschacht, Tespe und Schwinde seien dafür geeignet. Dies sei ausreichend, bis das Konzept des Landkreises vorliege.

Rh Cramm erinnere an die Sturmflut 1962, danach sei der Katastrophenschutz überdacht worden. Die Verwaltung sei Teil des Katastrophenstabes.

Rf Dedio erinnere an die Menschen mit Hilfebedarf in der Elbmarsch; diese müssten identifiziert werden. Dafür seien Ärzte im Rathaus eine wichtige Anlaufstelle.

Rh Kloodt beantragt: Die Vorlage wird mit der Ergänzung beschlossen, dass eine Abstimmung mit dem Gutachten des Landkreises erfolgt.

Rh Riek beantragt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschließt der Rat, eine kurze Pause einzulegen, SRv Arndt schließt vorübergehend die Sitzung und nimmt diese nach 5 Minuten wieder auf.

Nach Abstimmung mit der Verwaltung lässt Frau Arndt über den weiterführenden weil kostspieligeren Antrag von Rh Kloodt abstimmen.

Beschluss (mehrheitlich angenommen bei 17 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen):

Der Rat der Samtgemeinde Elbmarsch beschließt, Haushaltsmittel i.H. von 20.000,-€ für die Beauftragung von Beratungs-/und Ingenieurbüros bereitzustellen. Auftrag ist die elektronische Erarbeitung eines Plans zur Notstromversorgung des Rathauses / KEL. Es ist zu prüfen, ob der geplante Standort für das neu zu beschaffende Notstromaggregat ggf. auch im Deichhaus sein könnte.

Dabei findet eine Abstimmung mit dem Gutachten des Landkreises statt.

Sodann lässt SRv Arndt über den Antrag von Rh Riek abstimmen, das Konzept des Landkreises zunächst abzuwarten, um Doppelprüfungen zu vermeiden.

Ergebnis: Abgelehnt bei 10 Ja-Stimmenn und 17 Gegenstimmen

TOP 12	Umwandlung der GS Marschacht in eine Ganztagschule; hier: Sachstand und weiteres Vorgehen (siehe Schulausschuss am 05.09.2023)
---------------	--

Protokoll:

Rh Riek äußert sich verwundert darüber, dass man immer höre, es gäbe in der Verwaltung Personalengpässe, und nun wolle man eine neue Aufgabe übernehmen. Es sollte ein externer Träger mit der Aufgabe betraut werden.

Rh Kloodt äußert Lob, dass sich die Samtgemeinde der Thematik angenommen habe. Bei dem vorliegenden Vorschlag handele es sich um die Umsetzung des Beschlusses, die Ganztagschule einzurichten. Rh Christiansen betont, man müsse mit der Einrichtung anfangen, dafür werde jetzt der Beschluss benötigt. Rh Steller erinnert daran, dass die Grünen seinerzeit die Umsetzung der gesamten Schule als Ganztagschule gefordert hätten, der Kompromiss sei gewesen, mit einer sukzessiven Umsetzung zu beginnen. Nun komme man zurück zu der ursprünglichen Intention, das begrüße er.

Beschluss (einstimmig):

Der Samtgemeinderat beschließt, dass mit Umwandlung der GS Marschacht zur OGT die Samtgemeinde Elbmarsch als Kooperationspartner der Schule eintritt und somit mittelfristig zum Träger des OGT wird.

TOP 13	Bauliche und technische Anpassungen für ein Seh- und Hörbeeinträchtigtes Kind in der Grundschule Binnenmarsch Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung der akustischen Maßnahmen
---------------	---

Beschluss (einstimmig):

Der Samtgemeinderat beschließt die außerplanmäßigen Mittel i.H.v. 25.500,-€ als Nachtrag zum aktuellen Haushalt bereitzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Haushaltsmittel von insgesamt 25.500,-€ sind nicht Bestandteil der laufenden baulichen Unterhaltung und werden im Rahmen des Nachtragshaushalts 2023 vorgesehen.

TOP 14	Lieferung und Montage einer Kleingarage für das Einsatzfahrzeug der Polizei - Ausschreibungsergebnisse Erneute Überschreitung des Kostenansatzes
---------------	--

Protokoll:

SGBin Bockey berichtet, durch verschiedene Maßnahmen habe man die ursprünglich vom Planer vorgesehen Kosten für die Baumaßnahme reduzieren können. Nun berufe sich die Polizei auf die AfA-Tabelle, die Miete könne demnach über einen Zeitraum von 25 Jahren 80,- € monatlich betragen. Die Frage sei, ob dies noch dem Wunsch der Samtgemeindepolitik entspreche.

Rh Krafft nimmt Bezug auf das ins Feld geführte Argument der Sicherung des Polizeistandes in Marschacht. Er habe noch nie vernommen, dass dieser in Frage stehe. Entgegen der Absprache aus der Samtgemeindeausschuss-Vorbesprechung lägen die Anforderungen seitens der Polizei an eine Garage nicht vor. Grundsätzlich liege die Errichtung von Polizeigaragen nicht in der Zuständigkeit der Samtgemeinde, wenn das Land Niedersachsen eine Garage wünsche, dürfe es eine solche gerne bauen. Er lehne die Errichtung einer Garage durch die Samtgemeinde ab.

Rh Cramm verweist auf den Mehrwert einer zusätzlichen Einsatzzeit von einer Stunde pro Tag; diese könne für Menschen viel bedeuten, und dafür sei das Geld gut eingesetzt.

Rh Riek sehe die Zuständigkeit ebenfalls beim Land. Er macht darauf aufmerksam, dass im Falle der Büroarbeit der Polizeibeamten das Fahrzeug in einer Garage nicht mehr wahrnehmbar sei. Dagegen führe der Weg von Winsen zu einer wünschenswerten Wahrnehmbarkeit der Polizei. Rh Krafft schließt sich dem an.

Rh Kloodt erinnert daran, dass die Samtgemeinde die Garage errichten würde, wenn die Polizei für diese bezahle. Die plötzliche Anwendbarkeit der Abschreibungstabelle wundere ihn. SGBin Bockey ergänzt, es handele sich um die Abschreibungstabelle für die öffentliche Verwaltung, Rh Steller meint, die Garage müsse sich durch die Miete tragen.

Beschluss – mehrheitlich abgelehnt bei 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung:

Der Samtgemeinderat beschließt die Vergabe der bisherig ausgeschriebenen Leistungen für die Lieferung und Montage der Garage und stellt nochmals weitere Mittel i.H.v. 6.000,-€ zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Haushaltsmittel von insgesamt 12.000,-€ werden im Rahmen des Nachtragshaushalts 2023 vorgesehen. Die Kosten für das Gesamtprojekt von bis zu 28.000,-€ können auf die Miete umgelegt werden. Der Mietzins und die Dauer der Laufzeit sind noch nicht mit dem Mieter verhandelt.

TOP 15 Erhöhung des Mittelansatzes für die Gebäude- und Grünflächenbewirtschaftung

Beschluss (mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen):

Der Samtgemeinderat beschließt, die Einstellung von zusätzlichen 15.000,00 Euro im Produkt 111012 der Gebäudewirtschaft und dem Konto 424100 „Bewirtschaftung“ zur Beauftragung einer Fremdfirma zur Ausführung von Außenbereichstätigkeiten an den Liegenschaften der Samtgemeinde.

TOP 16 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2025 für den Landkreis Harburg
(siehe Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung, Umwelt, Energie und Infrastruktur vom 22.08.2023)

Protokoll:

Rh Kloodt berichtet, alle Fraktionen hätten sich gemeinsam auf einen Antrag verständigt, die Stellungnahme der Verwaltung um Ausführungen zur Ostniedersachsenleitung zu ergänzen. Er trägt den als Anlage beigefügten Antrag vor.

SGBin Bockey halte es für richtig, den politischen Willen zu bekunden. Es gehe aber nicht darum, die Idee zu bewerten. Sie habe mit Herrn Ziel vom Landkreis Harburg Kontakt aufgenommen und es sei feststellen:

- Die Auslegung des Entwurfs zum RROP ist abgeschlossen.
- Weitere Anträge zu Windkraftanlagen könnten aufgenommen werden.
- Ein Passus zum Trassenbau ist vorhanden, die Trassenplanung richtet sich nach gesetzlichen Regelungen.
- Der beste Weg wäre, sich im Rahmen der Raumverträglichkeitsprüfung zu der Problematik zu äußern.
- Die Samtgemeinde könnte eine Stellungnahme der Öffentlichkeit begleiten.
- Die Samtgemeinde sollte TenneT in den Ausschuss für Bauen, Planung, Umwelt, Energie und Infrastruktur einladen.

Rh Eckermann berichtet, in der 3. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung, Umwelt, Energie und Infrastruktur sei die Samtgemeinde ohne Mitspracherecht über die Planung von TenneT unterrichtet worden. In der letzten Sitzung habe Herr Ziel erklärt, die neue TenneT-Leitung solle östlich der vorhandenen Leitung verlaufen – dabei handele es sich um die für die Elbmarsch schlechteste Variante. Aus monetären Gründen habe TenneT bessere Varianten abgelehnt, eine Möglichkeit bürgerlicher Einflussnahme bestehe nicht. Auf einer Bürgerversammlung würden nur Entscheidungen mitgeteilt. Die Samtgemeinde sollte die Forderung aufrechterhalten und den Entwurf der Stellungnahme ergänzen.

Rh Riek dankt Rh Kloodt dafür, die Fakten zusammengetragen und eine fachliche Stellungnahme für die Samtgemeinde verfasst zu haben. Man habe es bei diesen Leitungen mit unfassbaren Energien zu tun und mit elektromagnetischen Feldern, deren Auswirkungen nicht langfristig bekannt seien. Südlink führe nach seinem Kenntnisstand Gleichstrom. Der Samtgemeinderat müsse als Gremium den Bürger vor Ort vertreten und eine Erdverlegung fordern. Die Stellungnahme sollte gemäß Antrag an den Landkreis versandt werden, dann werde auch die Diskussion um das Thema bekannter. Ggf.

sollte zusätzlich eine Resolution an den Bundestag gerichtet werden mit dem klaren Signal, dass die Samtgemeinde eine Erdverlegung fordere. SGBin Bockey halte dies für eine gute Idee und eine Resolution für sinnvoll, TenneT sollte gleichwohl in den zuständigen Ausschuss eingeladen werden.

Rh Krafft fordere, dass der Samtgemeinderat aktiv Politik mache und die Stellungnahme gemäß Antrag abgeschickt werde. Es könne nichts Schlimmes passieren, eine Resolution könne trotzdem verfasst werden.

Beschluss (einstimmig):

Der Samtgemeinderat beschließt die vorgelegte Stellungnahme zuzüglich des fraktionsübergreifenden Antrages als Gesamtstellungnahme an den Landkreis zu senden.

TOP 17	5. Nahverkehrsplan Landkreis Harburg für den Zeitraum 2024 - 2029 (siehe Sitzung des Ausschusses für ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität vom 23.08.2023)
---------------	---

Protokoll:

Rh Riek betont, die Anregungen aus dem Antrag der Freien Wähler zum ZOB an der Rönner Brücke seien in die Stellungnahme eingearbeitet. Weiter führt er aus, dass die Samtgemeinde vom Landkreis im Hinblick auf das ElbMobil künftig in stärkerem finanziellen Umfang gefordert werden wird – über den Zuschuss werde beraten werden müssen.

Rh Krafft führt aus, im SGA habe man der Stellungnahme noch zugestimmt, nun sei ein Problem zutage getreten. In der Stellungnahme stehe, dass eine Autobahn befürwortet werde. Die brächte zahlreiche Probleme mit sich, daher fordere er die Streichung dieser Passage (S. 2, Abschnitt „Lebensader Rönner Brücke“, letzter Absatz).

Rh Kloodt erklärt, man habe sich für einen bedarfsgerechten Ausbau ausgesprochen, die SPD-Fraktion könne der Streichung dieses Passus zustimmen. Daneben sollte hervorgehoben werden, dass eine Förderung des ÖPNV einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz darstelle.

Rh Babbe schlägt vor, das ElbMobil aufgrund der Entfernung des Bahnhofs Bergedorf nur bis nach Geesthacht zu erweitern. Je nach Verkehr könne eine Fahrt nach Bergedorf und zurück eine Stunde in Anspruch nehmen, eine Verkürzung auf Geesthacht aus könnte diese Zeiten reduzieren, das ElbMobil wäre dann schneller wieder einsatzbereit. Von Geesthacht bestehe eine gute Busanbindung nach Bergedorf, Lauenburg oder Hamburg.

Daneben erfragt er, warum auf bestimmte Fehler im Nahverkehrsplan nicht eingegangen worden sei. So würden auf S. 66 die Mindeststandards in der Elbmarsch tabellarisch aufgelistet, wonach am Sonntag der Mindeststandard von 6 Fahrten auf der Strecke Niedermarschacht – Geesthacht bestätigt werde. Allerdings fahre die Linie 539 sonntags nicht in die Elbmarsch, sodass nicht 6 Fahrtenpaare in der Elbmarsch ankämen, was aber wünschenswert wäre. Geesthacht sei am Sonntag aus der Elbmarsch nicht erreichbar.

Gem. Bundesverkehrswegeplan 2030 sei vorgesehen, die alte Elbbrücke zu belassen und um eine zweite Brücke für die A21 zu ergänzen. Für die Umsetzung dieser Maßnahme wäre es unabwendbar, einige Häuser abzureißen, auch die Feuerwehr Rönne wäre betroffen. Ferner trüge dieser Bau zu einer Spaltung Rönnes bei.

Beschluss (einmütig bei einer Enthaltung):

Der Samtgemeinderat beschließt die Stellungnahme in der vorliegenden Fassung, wobei auf S. 2 unter dem Abschnitt „Lebensader Rönner Brücke“ der letzte Absatz „Unterstützt wird daher das im Bundesverkehrswegeplan 2030 [...]“ ersatzlos gestrichen wird.

TOP 18 Antrag der FREIE WÄHLERgemeinschaft Elbmarsch e.V. Fraktion vom 05.05.2023
"Antrag, ZOB an der B404 Brücke in Rönne"
(siehe Sitzung des Ausschusses für ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Tourismus und
Mobilität vom 23.08.2023)

Dieser TOP wurde unter TOP 17 abschließend behandelt – vergleiche auch TOP 2.

TOP 19 Einwohner/innenfragestunde

SRv Arndt schließt die Ratssitzung vorübergehend zur zweiten Einwohnerfragestunde.

TOP 20 Anfragen

Rh Krafft weist darauf hin, dass diese Sitzung des Samtgemeinderates nicht im Terminkalender auf der Homepage der Samtgemeinde erscheint.

Rh Qualmann rügt, dass auf der Sitzung des Samtgemeinderates vom 22.06.2023 nach Verlassen aller Teilnehmer noch offene Getränkerechnungen vorhanden waren und erkundigt sich, ob die Samtgemeinde diese übernommen habe.

TOP 21 Bericht der Verwaltung

a) Deichhausschild

Rh Janke hat das Schild vor dem Deichhaus gespendet, SGBin Bockey dankt ihm dafür.

b) Radtour des Seniorenbeirats am 08.10.23

Am 08.10.23 findet eine Hachede-Radtour des Seniorenbeirates statt, organisiert von Helmut Knust. Start ist um 11:00 Uhr am Küsterhaus, voraussichtliches Ende um 14:00 Uhr bei einem gemeinsamen Kaffeetrinken.

Ende der Sitzung: 22:09 Uhr

Für die Richtigkeit:

Kathrin Bockey
Samtgemeindebürgermeisterin